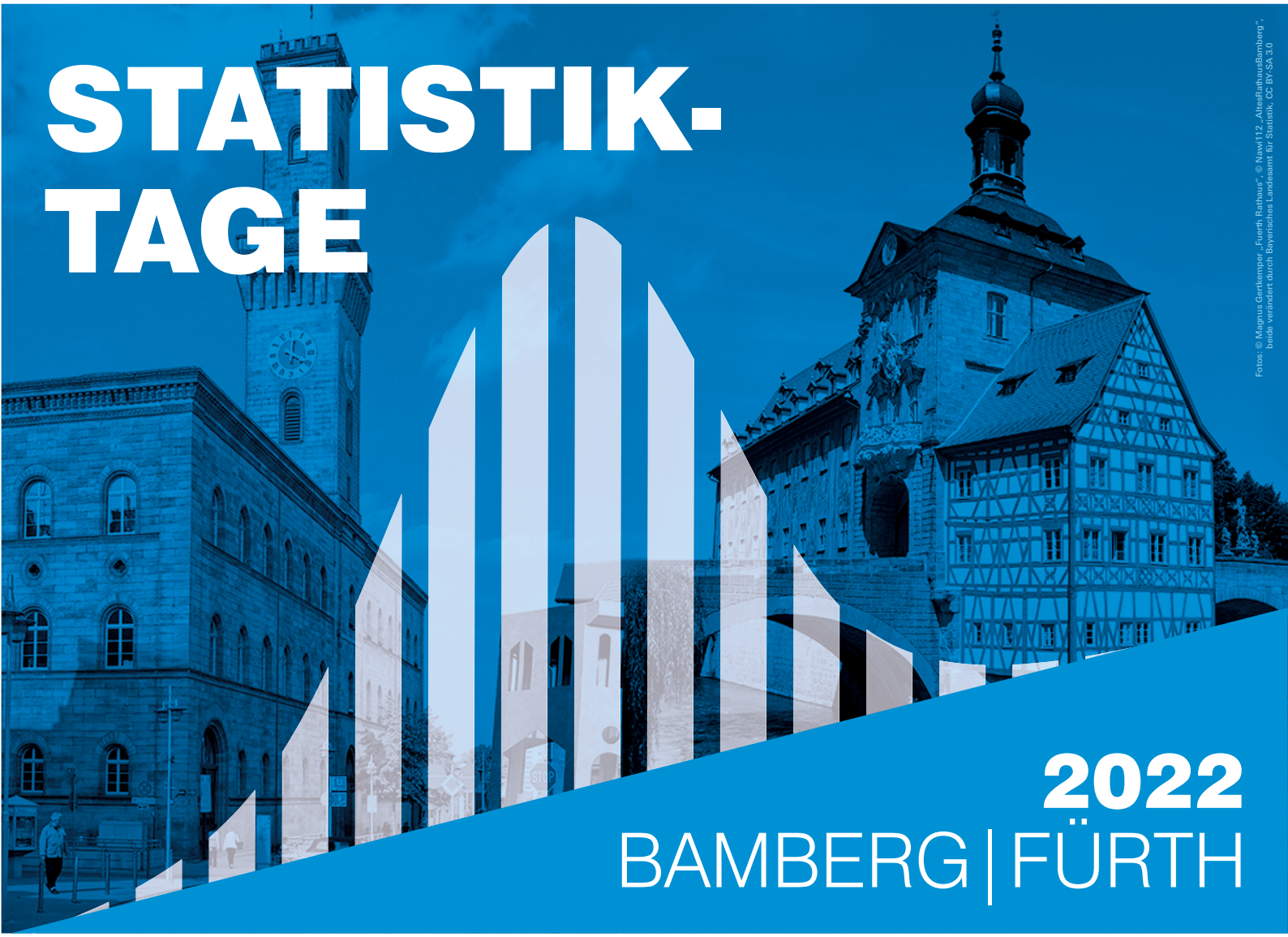
Universität Bamberg

Bayerisches Landesamt für Statistik



Fotos: © Magnus Gerkemper, Fuerth Rathaus", © Nawi112, AltesRathausBamberg", beide verändert durch Bayerisches Landesamt für Statistik, CC BY-SA 3.0

Alter(n) heute und in Zukunft

Fakten, Daten und Prognosen

14. und 15. Juli 2022
AULA der Universität Bamberg

Eine Veranstaltung im Rahmen des statistik netzwerk bayern

Weitere Informationen unter
www.statistiknetzwerk.bayern.de

Impressum

StatistikTage Bamberg | Fürth 2022
Dokumentationsband

Organisation
Bayerisches Landesamt für Statistik
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Ansprechpartnerin
Dr. Andrea Buschner
Telefon 0911 98208-6551
E-Mail statistiktage@statistik.bayern.de
Internet www.statistiknetzwerk.bayern.de/statistiktage2022

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2022**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bayerische Landesamt für Statistik und die Otto-Friedrich-Universität Bamberg organisieren am 14. und 15. Juli 2022 die zehnten Statistik-Tage Bamberg|Fürth – nun wieder traditionell in der Aula der Universität Bamberg.

Die StatistikTage 2022 stehen im Zeichen der Themen Alter(n) und Rente. Amtliche und nicht-amtliche Daten bieten umfassende Möglichkeiten, diesen Forschungsbereich zu beleuchten und daraus Handlungsmöglichkeiten für Politik und Verwaltung abzuleiten. Der demographische Wandel birgt nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, auf Mikro- und auch auf Makroebene. Der Übertritt zur Rente sowie die Erwerbstätigkeit kurz vor oder nach dem Renteneintrittsalter stellen einen wichtigen inhaltlichen Bereich der Tagung dar. Zudem wird in verschiedenen Vorträgen auch auf das Leben und Wohnen im Alter eingegangen, indem zum Beispiel die (städtischen) Lebensräume älterer Menschen beschrieben und die Chancen durch Digitalisierung erörtert werden.

Am Rande der Konferenz, aber auch beim Conference Dinner wird es viele Möglichkeiten geben, sowohl Fachdiskussionen zu vertiefen als auch gemeinsame Projekte und Kooperationen auszuloten, die im „Statistik Netzwerk Bayern“ vertieft beziehungsweise ausgeweitet werden können.

Wir freuen uns auf rege Fachdiskussionen und begrüßen Sie herzlich in der Universitätsstadt Bamberg.

Prof. Dr. Kai Fischbach
Präsident der
Otto-Friedrich-Universität
Bamberg

Dr. Thomas Gößl
Präsident des
Bayerischen Landesamts
für Statistik

Programm

Donnerstag, 14. Juli 2022

12:00 Uhr	Registrierung, Begrüßungskaffee
13:00 Uhr	Grußworte Präsident Prof. Dr. Kai Fischbach | *Otto-Friedrich-Universität Bamberg* Präsident Dr. Thomas Gößl | *Bayerisches Landesamt für Statistik*
13:30 Uhr	Gesellschaftliche und demographische Entwicklungen
	Welche Anpassungen werden in den Rentensystemen (öffentlich, freiwillig und privat) nötig? Prof. em. Rainer Winkel | *Technische Universität Dresden*
	Demographische Alterung in Bayern – Ergebnisse amtlicher Bevölkerungsvorausberechnungen auf regionaler Ebene Valerie Leukert | *Bayerisches Landesamt für Statistik*
14:45 Uhr	Pause
15:15 Uhr	Übertritt zur Rente
	Entscheidungsfindung beim Rentenübergang – Ergebnisse aus der Evaluierung des Flexirentengesetzes Dr. Iris Meyer, Sylvana Walprecht, Daniel Kühnhenrich | *Statistisches Bundesamt*
	Tätigkeiten, arbeitsbedingte Belastungen und Rentenreformen Prof. Dr. Bernhard Boockmann, Martin Kroczek, Dr. Natalie Laub | *Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung*
	Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Beschäftigung von Personen rund um den Renteneintritt Annette Trahms, Dr. Basha Vicari | *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*
16:45 Uhr	Pause
17:15 Uhr	Erwerbstätigkeit nach dem Renteneintrittsalter
	Situation Beschäftigter im Rentenalter Anne-Sophie Ruß | *Bundesagentur für Arbeit*
	Gründe für (Nicht-)Erwerbsarbeit im Ruhestand Dr. Laura Romeu Gordo, Dr. Stefanie Gundert, Heribert Engstler, Prof. Dr. Claudia Vogel, Dr. Julia Simonson | *Deutsches Zentrum für Altersfragen*
18:30 Uhr	Ende erster Veranstaltungstag
19:00 Uhr	Conference Dinner Alt-Ringlein (Restaurant und Biergarten)

Freitag, 15. Juli 2022

08:30 Uhr Begrüßungskaffee

09:00 Uhr Leben im Alter

Digitalisierung in der häuslichen Pflege und Therapie – Perspektiven und Barrieren
Prof. Dr. Sonja Haug, Edda Currle, Dr. Debora Frommeld, Prof. Dr. Karsten Weber | *Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg*

Pflegebedürftigkeit im Alter: Forschungspotential der Pflegebegutachtungsdaten
Dr. Johanna Schütz | *Bayerisches Forschungszentrum Pflege Digital*

Pflegepersonalbedarfe in der stationären Langzeitpflege in Deutschland
Benedikt Preuß, Thomas Kalwitzki, Franziska Heinze, Prof. Dr. Heinz Rothgang | *Universität Bremen*

10:30 Uhr Pause

11:00 Uhr Lebensraum im Alter

Ältere in der Stadt – eine Analyse auf Basis der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB)
Dr. Judith Kaschowitz, Cornelia Müller, Dorothee Winkler | *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung*

Freizeitgestaltung der Babyboomer. Heute und morgen?
Benjamin Stefan, Yannick Loeppke, Andreas Hartung | *Technische Universität Kaiserslautern*

Digitalisierung für ältere Menschen in der Stadt Nürnberg
Mareen Bähr, Dr. Eva Kopf | *Stadt Nürnberg*

12:40 Uhr Verabschiedung

12:45 Uhr Tagungsende

Welche Anpassungen werden in den Rentensystemen (öffentlich, freiwillig und privat) nötig?

Prof. em. Rainer Winkel | *TU Berlin, em. TU Dresden*

Univ.-Professor (TU Berlin, em. TU Dresden), zeitweilig wissenschaftlicher Direktor des IRS Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, freiberuflicher Berater und Verfasser von Gutachten, Vorträgen usw. in fast allen Bundesländern (u. a. in Bayern Landesplanung Gutachten, Vorträge auf Tagungen). Habilitationsthema 1988: Folgen des demografischen Wandels für die Daseinsvorsorge. Seitdem in diesem Feld in der Lehre und als Berater tätig. Seit dieser Zeit Beschäftigung mit dem Rententhema.

Abstract

Grundlegende Rahmensetzungen aus der Einführung des Rentensystems sind immer noch wirksam, obwohl sie mit den veränderten demografischen Rahmenbedingungen wie auch mit manchen politischen Vorgaben kaum vereinbar sind. Es besteht hoher und dringlicher Handlungsbedarf.

Die ursprünglichen Rahmenbedingungen:
Renteneintritt vollendetes 65. Lebensjahr, Rente als staatlich garantierte Grundsicherung, um auch Altersarmut durch Lebensschicksalsschläge zu vermeiden. Sicherheit durch Rücklagen, finanziert aus den Beiträgen der Berufstätigen sowie sehr begrenzte Rentenzeit (durchschnittliche Lebenserwartung um 1900: Frauen circa 41 Jahre, Männer 43,5 Jahre).

Die Veränderungen:
Die Rücklagen wurden in den 1930er-Jahren vom Staat zur Rüstungsfinanzierung verbraucht. Deshalb nach Gründung der Bundesrepublik die Rentenfinanzierung durch den Generationsvertrag, die arbeitende Bevölkerung finanziert die Renten der Alten.

Brüchiger Generationsvertrag:
Niedrige Geburten, steigendes Lebensalter
Seit Ende der 1960er-Jahre liegen die Geburten etwa ein Drittel unter der Sterberate. Deshalb und wegen der deutlich und immer noch steigenden Lebenserwartung, heute Männer 78 Jahre, Frauen über 83 Jahre (Angabe zur Lebenszeit in der Literatur etwas unterschiedlich) und dem nur minimal veränderten Ruhestandeintritt, wird der Generationsvertrag brüchig. Es müssen immer mehr Rentner von der sinkenden Zahl Berufstätiger finanziert werden, bei einer Lebenslänge, die sich seit 1900 um fast 90 % erhöht hat! Dennoch wurde das damals festgelegte Ruhestandseintrittsalter nur minimal erhöht (bis 2030 auf 67 Jahre).

Die Politik reagiert zweifelhaft
Unter Kanzler Schröder wurde der Generationsvertrag mit der neuen Rentenformel verändert, um für die arbeitende Bevölkerung die steigenden Belastungen abzumindern, was anhaltend sinkende Renten bewirkt. Um dem entgegenzuwirken, wurde vom Sozialminister die Riesterrente eingeführt, ein staatlich gefördertes Rentenansparprogramm für die Bevölkerung. Die Probleme: Viele Personen der untersten Verdienstgruppe konnten die dafür erforderliche Ansparung nicht aufbringen, wie sich zeigte, wird die Höhe der damit in Aussicht gestellten Zusatzrente bei Weitem nicht erreicht. Zusätzlich wird diese Rentenbasis noch durch die Null-Zinspolitik der Europäischen Zentralbank geschwächt. Ein Absinken in die Altersarmut ist für einen Teil der Bevölkerung Realität oder absehbar. Außerdem wurde damit das ursprüngliche Anliegen, die Renten staatlich gesichert von der privaten Vorsorge abzukoppeln, geschwächt.

Neue Ansätze reichen nicht aus:
Das sukzessive Heraufsetzen des Renteneintrittsalters bis 2030 auf 67 Jahre reicht nicht, um die Rente zukunftssicher zu machen und wurde durch die Einflussname der Gewerkschaft – bei 45-jähriger Berufstätigkeit sogar vor Erreichen des 65. Lebensjahres in den Ruhestand zu treten – abgeschwächt. Die Ergebnisse der von der vorigen Regierung eingesetzten Kommission Verlässlicher Generationsvertrag wurden von den

Sozialverbänden zu Recht als völlig unzureichend kritisiert. Das war absehbar, denn die überwiegende Zahl der Kommissionsmitglieder waren Politiker, die in erster Linie die Politik ihrer Partei vertraten. Die Minderheit teilnehmender Experten hatte keine Chance, dagegen weitreichende Ideen/Konzepte einzubringen.

Aus meiner Sicht unausweichliche Konsequenzen:
Keine massive Stützung der Renten aus Steuermitteln, damit den jüngeren Generationen nicht die Mittel für wichtige Zukunftsinvestitionen deutlich gekürzt werden.

Zur Sicherung der Renten, wie ursprünglich ausgerichtet, ein staatlich getragenes, garantiertes Konzept, das eine angemessene Grundsicherung für die Alten beinhaltet. Die Finanzierung muss vor allem durch die Alten getragen werden. Es kann nicht sein, dass seit der Festlegung des Alters für den Ruhestandseintritt (1900) die durchschnittliche statistische Lebenserwartung um circa 90 % angestiegen ist und der Rentenbeginn sich immer noch am Lebensalter von 65–67 Jahren ausrichtet. Zudem sind viele Rentner noch im Alter lange fit, wie man an der oft weitaus längeren Berufstätigkeit von selbstständigen und Freiberuflern oder Politikern sieht. Beispielhaft sind u. a. längst erfolgreich umgesetzte Konzepte, mit denen rüstige Senioren bedürftigen Senioren helfen und dafür ggf. Bonuspunkte erhalten, für die es später kostenlose Hilfsleistungen gibt. Zur Absicherung bedarf es jedoch einen öffentlichen Träger, wie eine Gemeinde, der später die Umsetzung des erworbenen Hilfsanspruchs garantiert.

Als Gegenargument wird häufig der körperlich verschlissene Dachdecker, Maurer oder anderweitig schwer belastete Handwerker angeführt. In der Tat gibt es etliche Berufe, die nicht länger arbeiten können, für die selbst 65 Jahre kaum machbar sind. Aber warum muss das Eintrittsalter für Berufsgruppen und andere Gruppierungen gleich sein?

Wir brauchen ein neues Rentenkonzept mit wesentlich mehr Flexibilität. Darin könnte die körperliche wie auch die psychische Belastung von Berufstätigkeit Berücksichtigung erfahren. Sinnvoll wäre auch ein Lebenszeitmodell, so dass ggf. Personen, die sich dazu in der Lage fühlen, zeitweilig eben deutlich mehr als 40 Stunden in der Woche arbeiten, um später ihre wöchentliche Arbeits- oder Lebensarbeitszeit entsprechend zu kürzen. Hier könnten ganz andere Modelle entstehen, die den Bedürfnissen vieler Berufstätiger weit eher entsprechen und mit denen eine ausreichende Lebensarbeitszeit zur Rentenfinanzierung möglich wäre. Dazu gehört jedoch auch ein wesentlich weiter reichendes berufliches Fortbildungsprogramm.

Notizen

Demographische Alterung in Bayern – Ergebnisse amtlicher Bevölkerungsvorausberechnungen auf regionaler Ebene

Valerie Leukert | *Bayerisches Landesamt für Statistik*

Valerie Leukert ist seit April 2017 am Bayerischen Landesamt für Statistik tätig und beschäftigt sich als Referentin im Sachgebiet „Bevölkerung, Kompetenzzentrum Demographie“ insbesondere mit Bevölkerungsvorausberechnungen und dem demographischen Wandel in Bayern. Zuvor studierte sie Soziologie an der Universität Bremen und Demographie an der Universität Rostock.

Abstract

Die Einwohnerzahl Bayerns wird auch in Zukunft wachsen und nach den Ergebnissen der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Bayerischen Landesamts für Statistik (LfStat) bis zum Jahr 2040 einen Stand von etwa 13,66 Millionen Menschen erreichen. Im Vergleich zum Jahr 2020 entspricht dies einem Plus von 3,9 % beziehungsweise 518 000 Personen (LfStat 2022). Wenngleich in einigen Städten, Landkreisen und Gemeinden – vor allem durch Zuwanderung – ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum und eine noch vergleichsweise junge Bevölkerung zu verzeichnen sein werden, nimmt gleichzeitig der Anteil älterer Menschen fast überall in Bayern zu. So werden im Freistaat im Jahr 2040 auf 46 Personen im Ruhestandsalter 100 Personen im potenziell erwerbsfähigen Alter kommen. Im Jahr 2020 lag dieses Verhältnis noch bei etwa 34 zu 100 Personen (LfStat 2022). Die Folgen des demographischen Wandels werden demnach auch in Bayern in den nächsten Jahren immer deutlicher zu spüren sein – die Bevölkerung wird insgesamt älter, internationaler und in manchen Gebieten auch in ihrer Zahl zurückgehen.

Die regelmäßig aktualisierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik veranschaulichen diese Entwicklung. Sie zeigen bis zur Gemeindeebene auf, wie sich die unterschiedlichen Konstellationen von Fertilität, Mortalität und Migration langfristig auf die Bevölkerungsstruktur Bayerns auswirken könnten und ist damit eine wichtige Informationsgrundlage für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Notizen

Notizen

Entscheidungsfindung beim Rentenübergang – Ergebnisse aus der Evaluierung des Flexirentengesetzes

Dr. Iris Meyer, Sylvana Walprecht, Daniel Kühnhenrich | *Statistisches Bundesamt*

Dr. Iris Meyer, Haushaltswissenschaftlerin, ist tätig als Referentin im Dienstleistungszentrum der Bundesregierung für Bessere Rechtsetzung im Statistischen Bundesamt und Mitarbeiterin im Kooperationsprojekt „Flexirente" von Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundeskanzleramt und Deutscher Rentenversicherung. Darüber sind Ex-ante- und Ex-post-Ermittlungen des Erfüllungsaufwands von Bundesgesetzen sowie die dazugehörige Methodik der primären Datengewinnung weitere Tätigkeitsschwerpunkte.

Sylvana Walprecht ist Politologin und Statistikerin. Sie arbeitet als Referentin im Referat „Auswertungen und Folgenabschätzung für Bessere Rechtsetzung" im Statistischen Bundesamt. Sie ist schwerpunktmäßig an verschiedenen Projekten zur Besseren Rechtsetzung beteiligt, wertet Daten aus und entwickelt angewandte Methoden weiter.

Daniel Kühnhenrich, Wirtschafts- und Kommunikationswissenschaftler, leitet das Grundsatzreferat des Dienstleistungszentrums für Bessere Rechtsetzung im Statistischen Bundesamt. Er hat das Projekt „Flexirente" unterstützt. Seine Aufgabenschwerpunkte liegen in der Methodik des Erfüllungsaufwands, der internationalen und nationalen Koordination des Themengebiets sowie der Öffentlichkeitsarbeit des Arbeitsbereichs.

Abstract

Im Auftrag des BMAS evaluierten das Bundeskanzleramt und das Statistische Bundesamt das 2017 in Kraft getretene Flexirentengesetz. Hierfür wurden Sekundärdaten der amtlichen und Rentenstatistik ausgewertet sowie Primärdaten mittels Befragungen insbesondere von Versicherten und Arbeitgebern erhoben.

Die Ergebnisse erlauben einen detaillierten Blick auf die Entscheidungsfindung beim Rentenübergang. So stieg die Beschäftigung älterer Personen im Zeitverlauf, die Maßnahmen der Flexirente spielten hierbei jedoch bislang allenfalls eine geringe Rolle. Bei den Rentenversicherten ist der Wunsch nach einem flexiblen Rentenübergang zugleich durchaus vorhanden. Die Bereitschaft, neben der Altersrente zu arbeiten, hängt dabei von der persönlichen Situation, finanziellen Anreizen und passenden Arbeitsangeboten ab.

Beschäftigten mit einem Gehalt oberhalb der gesetzlichen Hinzuverdienstgrenze wird die bezogene vorgezogene Rente gekürzt, weshalb in dieser Situation Arbeiten neben der Rente über die Schwelle hinaus aus Sicht der Versicherten finanziell unattraktiv ist. Dabei bleibt die Wirkung der deutlichen Anhebung der Hinzuverdienstgrenze seit 2020 abzuwarten. Während des ersten Pandemiejahres ging die Beschäftigung von Rentenbeziehenden wegen der Kontaktbeschränkungen insgesamt zurück. Viele Versicherte und Arbeitgeber sehen die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze aber grundsätzlich positiv.

Informationsangebote sowie die persönliche Beratung der DRV haben für die Versicherten eine zentrale Bedeutung und werden von ihnen als hilfreich erachtet. Für viele Versicherte, insbesondere bei Wahl der Regelaltersgrenze, ist die Wahl des Rentenmodells einfach. Rund ein Drittel der Befragten empfand diese Entscheidung jedoch als schwierig, wofür häufig Informationsdefizite und die persönliche Situation ursächlich waren. Die befragten Versicherten regten eine stärkere Personalisierung von Informationen beim Online-Informationsangebot der DRV an. Innerhalb einer Online Research Community wurden Lösungsansätze hierfür entwickelt.

Tätigkeiten, arbeitsbedingte Belastungen und Rentenreformen

Prof. Dr. Bernhard Boockmann, Martin Kroczek, Dr. Natalie Laub | *Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung*

Prof. Dr. Bernhard Boockmann ist seit 2007 am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) tätig und leitet das Institut seit 2013 gemeinsam mit Prof. Dr. Wilhelm Kohler. Er studierte Volkswirtschaftslehre und Philosophie in Heidelberg und Mannheim und Volkswirtschaftslehre am University College London. An der Universität Mannheim schloss er 1998 seine Promotion ab, die Habilitation im Jahr 2004. Von 1998 bis 2007 war er als Wissenschaftler, seit 2002 zudem als stellvertretender Forschungsbereichsleiter am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) tätig. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten befasst er sich mit Arbeitsmarktfragen und dabei insbesondere mit Arbeitsmarktpolitik, Erwerbsverläufen, der Wirkung von Arbeitsmarktregulierungen, der Rolle der Bildung und der sozialen Mobilität. Als außerplanmäßiger Professor lehrt Bernhard Boockmann zudem Statistik und Ökonometrie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen.

Martin Kroczek, Master of Science, ist seit Juli 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAW. Nach einem Bachelorstudium im Fach Economics an der Universität Bayreuth und der Universidad de Guadalajara studierte Martin Kroczek Quantitative Economics an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Ein aktueller Forschungsschwerpunkt im Bereich der Arbeitsmarktökonomik liegt in der quantitativen Analyse zu den Eigenschaften und der Attraktivität von Berufen, vornehmlich in der Pflegebranche. Ein anderer Schwerpunkt liegt in der Analyse von Übergängen zwischen Erwerbsleben und Rente. Martin Kroczek ist seit November 2019 Doktorand an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Sein Promotionsthema lautet „Essays on Skill Shortages and Tight Labor Markets“.

Dr. Natalie Laub, Diplom-Volkswirtin, studierte Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten internationale Wirtschaft und Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Freiburg. Von Oktober 2012 bis September 2018 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Freiburg. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt vor allem im Bereich der Analyse von Rentensystemen sowie von Übergängen zwischen Erwerbsleben und Rente. Seit Oktober 2018 ist Natalie Laub wissenschaftliche Mitarbeiterin am IAW. Im Mai 2019 wurde sie an der Universität Freiburg mit einer Arbeit zu Abschlägen bei vorzeitigem Renteneintritt promoviert.

Abstract

Bei der Wirkung von Rentenreformen auf den Erwerbsstatus und den Zugang in die Rente sind individuelle, berufsbezogene, betriebliche und gesellschaftliche Dimensionen zu unterscheiden. Diese Faktoren moderieren die Effekte von Rentenregelungen und Rentenreformen: Je nach Kontextfaktoren sind Versicherte unterschiedlich stark von Rentenreformen betroffen. Der Schwerpunkt der vorzustellenden Forschungsarbeit liegt auf der beruflichen Dimension.

Notizen

Es wird ermittelt, wie sich die Auswirkung von Rentenreformen auf individuelle Verläufe danach unterscheiden, welche beruflichen Tätigkeiten eine Person ausgeübt hat und welchen arbeitsbedingten Belastungen sie ausgesetzt war.

Betrachtet werden wichtige Änderungen im Rentenzugang, die in den Jahren 2007 bis 2014 wirksam wurden, insbesondere die Abschaffung der Altersrente für Frauen und der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit.

Die Datengrundlage bilden Datensätze der Deutschen Rentenversicherung Bund. Diesen Daten werden auf der tief aggregierten Ebene Informationen aus der BIBB[1] /BAuA[2] -Erwerbstätigenbefragung zu arbeitsbedingten Belastungen und beruflichen Tätigkeiten zugespielt.

Zunächst werden die kausalen Effekte von Rentenreformen auf den Erwerbsstatus bzw. den Altersübergang geschätzt. Dabei wird ein Regression Discontinuity Design (RDD) verwendet. Anschließend werden die Unterschiede in diesen Wirkungen nach den vorherigen beruflichen Tätigkeiten und arbeitsbedingten Belastungen differenziert. Der Einfluss dieser Faktoren wird dabei von individuellen, betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Kontextfaktoren getrennt. Die Ergebnisse der Differenzierung zeigen deskriptiv die Kumulation von Problemlagen wie zum Beispiel arbeitsbedingten Belastungen und Lücken in den Erwerbsbiografien auf und können unter bestimmten Bedingungen auch in einem kausalen Sinn interpretiert werden.

1 BIBB: Bundesinstitut für Berufsbildung.
2 BAuA: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Beschäftigung von Personen rund um den Renteneintritt

Annette Trahms und Dr. Basha Vicari | *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*

Annette Trahms ist Mitarbeiterin der Projektgruppe „Nationales Bildungspanel: Bildung im Erwachsenenalter und lebenslanges Lernen“ (Bildungsetappe 8) und im Forschungsbereich „Bildung, Qualifizierung und Erwerbsverläufe“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich Surveymethodologie sowie Erwerbs- und Weiterbildungsbeteiligung von Älteren.

Dr. Basha Vicari ist Leiterin der Projektgruppe „Nationales Bildungspanel: Bildung im Erwachsenenalter und lebenslanges Lernen“ (Bildungsetappe 8) und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Bildung, Qualifizierung und Erwerbsverläufe“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf beruflicher Mobilität und deren Auswirkung auf soziale Ungleichheit.

Abstract

Bis zum Jahr 2019 ist die Erwerbsbeteiligung der Menschen kurz vor und nach dem Renteneintritt deutlich gestiegen: Seit 2005 hat sie sich mehr als verdoppelt. Durch das Einsetzen der Covid-19-Pandemie wurde aber diese Gruppe der über 60-Jährigen besonders getroffen. Einerseits besteht für sie ein höheres Risiko für einen schweren Covid-19-Krankheitsverlauf, sodass gerade ältere Beschäftigte einen besonderen Schutz vor einer Infektion benötigen. Andererseits haben die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt vor allem Minijobs wegbrechen lassen, also Beschäftigungsverhältnisse, die bei älteren Erwerbtätigen neben der Rente relativ häufig vorkommen. Dazu kommen Berichte von der Reaktivierung von Personen im Ruhestand in systemrelevanten Branchen. Für die tatsächliche Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse von Personen kurz vor und nach dem Renteneintritt während der Pandemie gibt es bislang wenig belastbare Erkenntnisse. Mit Daten des hochfrequenten Online-Personen-Panels „Leben und Erwerbstätigkeit in Zeiten von Corona“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB-HOPP) verknüpft mit administrativen Daten der Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) zeigen wir für die Anfangszeit der Covid-19-Pandemie (Mai 2020) für verschiedene Altersgruppen rund um den Renteneintritt, wie sich die sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung entwickelte, wer von Jobverlust und Kurzarbeit betroffen war, wer Mobilarbeit in Anspruch nehmen konnte und so besser vor einer Infektion geschützt war, und wie sich diese Entwicklung auf finanzielle und gesundheitliche Sorgen der älteren Beschäftigten auswirkte. Schließlich analysieren wir, welche Rolle für diese Zusammenhänge eine Beschäftigung in einer systemrelevanten Branche spielte.

Notizen

Situation Beschäftigter im Rentenalter

Anne-Sophie Ruß | *Bundesagentur für Arbeit*

Anne-Sophie Ruß arbeitet als Fachexpertin für Arbeitsmarktstatistik mit Schwerpunkt Beschäftigungsstatistik im Statistik-Service Südost der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg. Der Statistik-Service Südost ist regionaler Ansprechpartner zu allen Statistik-Fragen und Analysen rund um den Arbeitsmarkt sowie zur Grundsicherung für Bayern und Sachsen. Nach ihrem Studium der Markt- und Kommunikationsforschung an der Hochschule Pforzheim sowie der Survey-Statistik an der Universität Bamberg war sie sieben Jahre als Marktforscherin bei einem führenden Anbieter von Fachkommunikation tätig, bevor sie im Oktober 2021 zur Bundesagentur für Arbeit wechselte.

Abstract

Die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen deutschen Rentenversicherung wird stufenweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Ebenso ist ein steigender Anteil von Personen im Ruhestandsalter weiterhin oder wieder erwerbstätig. Aber wie hat sich die Beschäftigungsquote Älterer in den letzten Jahren entwickelt, gibt es Auffälligkeiten in einzelnen Regionen, sozialen Schichten oder Berufsfeldern? Der Vortrag betrachtet einerseits die Bevölkerungsgruppen, welche vor / nach Erreichen des Rentenalters sozialversicherungspflichtig beziehungsweise geringfügig beschäftigt sind: Eher Frauen oder Männer, Deutsche oder Ausländer, weisen sie eine niedrige oder hohe Bildungs- und Qualifikationsstruktur auf? Andererseits wird die Erwerbsbiographie älterer Beschäftigter untersucht: In welcher Branche, in welchem Beruf sind Menschen sowohl vor als auch nach dem Renteneintrittsalter tätig, in Voll- oder Teilzeit? Datengrundlage der Analysen bilden Kennzahlen aus der Beschäftigungsstatistik, welche auf den Meldungen zur Sozialversicherung beruht.

Notizen

Gründe für (Nicht-)Erwerbsarbeit im Ruhestand

Dr. Laura Romeu Gordo | *Deutsches Zentrum für Altersfragen, DZA*, Dr. Stefanie Gundert | *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB*, Heribert Engstler | *DZA*, Prof. Dr. Claudia Vogel | *Hochschule Neubrandenburg*, Dr. Julia Simonson | *DZA*

Dr. Laura Romeu Gordo ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie Stellvertreterin der Forschungsleitung am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA). Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Arbeit, Ruhestand und Alterssicherung sowie Gender-Aspekte der Arbeitsmarktpartizipation.

Dr. Stefanie Gundert ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Sie forscht schwerpunktmäßig zu den Themen Armut und soziale Exklusion, Arbeitsplatzqualität und atypische Beschäftigung.

Heribert Engstler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) in Berlin.

Prof. Dr. Claudia Vogel ist Professorin für Soziologie und Methoden der quantitativen Sozialforschung an der Hochschule Neubrandenburg. Forschungsschwerpunkte sind Altersarmut und freiwilliges Engagement.

Dr. Julia Simonson ist Soziologin und Leiterin des Bereichs Forschung sowie stellvertretende Institutsleiterin des DZA. Sie leitet außerdem den Deutschen Alterssurvey (DEAS). Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Soziale Ungleichheit, Freiwilliges Engagement und Partizipation sowie Erwerbsverläufe und Alterssicherung.

Abstract

Erwerbstätigkeit im Ruhestand ist heute wesentlich verbreiteter als noch Mitte der 1990er-Jahre. Dabei sind die Gründe, warum Personen im Ruhestand einer bezahlten Arbeit nachgehen, vielfältig. Obgleich auch finanzielle Gründe eine Rolle spielen, ist Erwerbsarbeit im Ruhestand Studien zufolge häufig nicht in erster Linie finanziell motiviert. Weitgehend unerforscht ist allerdings, warum Personen im Ruhestand keiner Erwerbsarbeit nachgehen und welche Gründe hinter nicht realisierten Erwerbswünschen im Rentenalter stehen.

Mit Daten der IAB-Befragung Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS) des Jahres 2018 werden die sozioökonomischen Lebensverhältnisse von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen im Ruhestand untersucht sowie die Gründe für (Nicht-)Erwerbstätigkeit in dieser Lebensphase.

Zuerst ist festzustellen, dass Erwerbsarbeit im Ruhestand mit zunehmendem Alter seltener auftritt: 15 % der 65- bis 69-jährigen und 13 % der 70- bis 74-jährigen Rentnerinnen und Rentner, aber nur 2 % der noch älteren Rentenbeziehenden sind erwerbstätig.

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass die Wahrscheinlichkeit, im Ruhestand einer Erwerbsarbeit nachzugehen, bei hohem Bildungsniveau am größten ist, zugleich ist sie bei Personen, die ohne ihr Erwerbseinkommen über ein relativ geringes Haushaltseinkommen verfügen, höher als bei denjenigen mit besseren finanziellen Ressourcen.

Im Hinblick auf die Motivation spielen bei 43 % der erwerbstätigen Rentnerinnen und Rentner finanzielle Motive eine Rolle, wenngleich die meisten Rentenbeziehenden nicht-monetäre Gründe für ihre Erwerbsarbeit angeben, wie Spaß an der Arbeit oder das Bedürfnis nach einer sinnvollen Aufgabe und sozialen Kontakten. Nichterwerbstätige Rentenbeziehende haben ganz überwiegend keinen Erwerbswunsch mehr und sehen mehrheitlich keine finanzielle Notwendigkeit zu arbeiten. Personen mit niedrigen Einkommen geben häufiger gesundheitliche Probleme und fehlende Stellenangebote als Gründe für die Nichterwerbstätigkeit an.

Notizen

Digitalisierung in der häuslichen Pflege und Therapie – Perspektiven und Barrieren

Prof. Dr. Sonja Haug, Edda Currle, Dr. Debora Frommeld, Prof. Dr. Karsten Weber | *Institut für Sozialforschung und Technikfolgenabschätzung (IST) an der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg*

Prof. Dr. Sonja Haug ist Professorin für Empirische Sozialforschung an der OTH Regensburg und Ko-Leiterin des IST. Nach dem Studium der Soziologie an der Universität Mannheim promovierte sie dort und habilitierte an der Universität Mainz. Sie arbeitete an den Universitäten Mannheim, Stuttgart und Leipzig, im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung sowie im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ihre Forschungsthemen umfassen unter anderem Demografie, Migration, Familie sowie soziale Aspekte von Technik im Gesundheits- und Energiebereich.

Edda Currle, Dipl. Pol., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IST. Nach dem Studium der Politikwissenschaften und der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Bamberg und Leipzig arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am europäischen forum für migrationsstudien (efms), ein Institut an der Universität Bamberg, und als Projektmanagerin für die Virtuelle Hochschule Bayern (vhb). In ihrer Forschung befasst sie sich unter anderem mit sozialen Aspekten von Technik im Gesundheitsbereich sowie Fragen der Migration und Integration.

Dr. Debora Frommeld ist Soziologin, Kulturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am IST der OTH Regensburg. Nach ihrem Studium in Augsburg und Chambéry (Frankreich) promovierte sie mit einer Arbeit zur Geschichte und Soziologie der Selbstvermessung. Sie arbeitete unter anderem an den Universitäten und Universitätskliniken in München, Göttingen und Ulm. In ihrer Forschung und Lehre beschäftigt sie sich mit (ästhetischen) Alltagspraktiken an der Schnittstelle von Gesundheit, Körper, Technik und Digitalisierung.

Prof. Dr. Karsten Weber ist Ko-Leiter des IST sowie Direktor des Regensburg Center of Health Sciences and Technology (RCHST) der OTH Regensburg. Er hält außerdem eine Honorarprofessur für Kultur und Technik an der BTU Cottbus-Senftenberg. Nach dem Studium der Philosophie an der Universität Karlsruhe (TH) promovierte er dort und habilitierte an der EUV Frankfurt/Oder. Er arbeitete an den Universitäten Karlsruhe, Frankfurt/Oder, Opole (Polen), der TU Berlin und der BTU Cottbus-Senftenberg. Seine Forschungsthemen umfassen unter anderem angewandte Ethik, Technikfolgenabschätzung und Technikbewertung.

Abstract

In einem ersten Schritt wird auf die Frage des Fachkräftemangels im Gesundheitsbereich eingegangen und thematisiert, welchen Beitrag digitale Assistenzsysteme hierzu leisten können. Grundlage sind unter anderem Ergebnisse einer Befragung von Führungskräften in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und deren Einschätzung, inwieweit durch Digitalisierung Personal eingespart und einem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden könnte (BMBF-gefördertes Projekt DAAS-KIN). Im Fokus des Beitrags stehen Ergebnisse des laufenden Projekts Dein-Haus4.0 Oberpfalz: TePUS, in dem Telepräsenzrotober zur Unterstützung von Pflege und Therapie bei Schlaganfall im häuslichen Umfeld in der (ländlichen) Region Oberpfalz getestet werden. Ziel ist die Erprobung einer durch Digitalisierung und Teletherapie verbesserten Versorgung. Es wird insbesondere auf die Akzeptanz der Technik aus Perspektive von Patient*innen, Angehörigen und Therapiepersonal eingegangen. Es werden Chancen, aber auch Akzeptanzbarrieren diskutiert, wobei auf soziale, ethische und rechtliche („ELSI"-)Aspekte eingegangen wird.

Notizen

Pflegebedürftigkeit im Alter: Forschungspotential der Pflegebegutachtungsdaten

Dr. Johanna Schütz | *Bayerisches Forschungszentrum Pflege Digital*

Dr. Johanna Schütz ist seit 2020 an der Hochschule Kempten als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bayerischen Forschungszentrum Pflege Digital. Als Teil eines interdisziplinären Teams forscht sie zu den Themen Familie und Alter(n), pflegende Angehörige sowie Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich. Johanna Schütz hat Soziologie, Politikwissenschaft und Gender Studies an der Universität Konstanz und an der LMU München studiert. Sie promovierte innerhalb des Netzwerks „Max Planck International Research Network on Aging" der Max-Planck-Institute für demografische Forschung in Rostock und für Sozialrecht und Sozialpolitik in München. Zuletzt war sie Referentin in der Geschäftsstelle für den Neunten Familienbericht der Bundesregierung am Deutschen Jugendinstitut.

Abstract

Der Beitrag beschäftigt sich mit dem wissenschaftlichen Potenzial der Daten aus den Pflegebegutachtungen des Medizinischen Dienstes. Der Medizinische Dienst (MD) ist zuständig für gesetzlich Versicherte und führt Pflegebegutachtungen auf Basis des SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) durch. Im Rahmen der Begutachtung werden sechs Lebensbereiche betrachtet und durch ein standardisiertes Instrument erfasst: Mobilität, kognitive und kommunikative Fähigkeiten/Verhaltensweisen und psychische Problemlagen, Selbstversorgung (Körperpflege, Ernährung etc.), Umgang mit krankheitsspezifischen beziehungsweise therapiebedingten Anforderungen und Gestaltung des Alltagslebens sowie sozialer Kontakte. Sofern die Person die Voraussetzungen der Pflegebedürftigkeit erfüllt, wird auf der Grundlage der begutachteten Lebensbereiche ein Pflegegrad errechnet, welcher von 1 (= geringe Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit) bis 5 (= schwerste Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit/der Fähigkeiten mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung) reicht (vgl. MDS & GKV 2021[1]).

Gegenstand des Vortrags ist ein Einblick in Daten des MD Bayern aus dem Jahr 2019, in dem mehr als 126 000 Erstbegutachtungen bei Erwachsenen in Bayern durchgeführt wurden. Neben detaillierten pflegerelevanten Informationen werden Daten präsentiert, welche im Rahmen der Begutachtungen erhoben wurden und Potenzial für die sozialwissenschaftliche beziehungsweise interdisziplinäre Forschung bieten: Alter, Geschlecht, Wohnort, Wohnsituation, ICD-10-Diagnosen, Informationen zu außerhäuslicher Mobilität, zur Fähigkeit der Haushaltsführung und das Vorhandensein unterstützender Personen (z. B. pflegende Angehörige). Auf dieser Grundlage lassen sich physische und kognitive Einschränkungen, Soziodemografie sowie Wohnsituation und regionale Disparitäten von Erwachsenen in Bayern abbilden, welche Pflege- und Assistenzbedarf aufweisen. Vor- und Nachteile der Daten gegenüber großangelegten Umfragedaten aus der Altersforschung (wie z. B. SHARE, DEAS) werden diskutiert. Den Abschluss bildet ein Ausblick auf laufende und geplante Forschungsarbeiten.

1 Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen e.V. (MDS) & GKV-Spitzenverband (2021): Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit nach dem XI. Buch des Sozialgesetzbuches, Essen/Berlin. https://www.medizinischerdienst.de/fileadmin/MD-zentraler-Ordner/Downloads/01_Pflegebegutachtung/BRi_Pflege_210930_barrierefrei.pdf

Notizen

Pflegepersonalbedarfe in der stationären Langzeitpflege in Deutschland

Benedikt Preuß, Thomas Kalwitzki, Franziska Heinze, Prof. Dr. Heinz Rothgang | *Universität Bremen*

Benedikt Preuß ist Pflegewissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung im SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen.

Thomas Kalwitzki ist Dipl. Gerontologe und wissenschaftlicher Geschäftsführer der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung im SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen.

Franziska Heinze ist Epidemiologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung im SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen.

Prof. Dr. Heinz Rothgang ist Gesundheitsökonom und leitet die Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung im SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen.

Abstract

Hintergrund: Aktuelle gesetzliche Veränderungen zielen auf eine seit Langem notwendige Mehrpersonalisierung in der vollstationären Langzeitpflege ab. Da sich sowohl Rahmenbedingungen als auch die aktuelle Personalsituation in den Bundesländern stark unterscheiden, ist eine einfache Abschätzung der daraus resultierenden Mehrbedarfe an aus- und weiterzubildenden Pflegekräften nicht trivial.

Zielsetzung: Die Analyse zielt darauf ab, länderspezifische qualifikationsdifferenzierte Pflegepersonalbedarfe abzuschätzen. Dabei werden Modellrechnungen auf Grundlage unterschiedlicher Rahmenbedingungen durchgeführt.

Methodik: Die Analyse basiert auf Rohdaten der Pflegestatistik 2019 zu Bewohnerinnen, Bewohnern und Pflegekräften. Anhand dessen wird abgeschätzt, wie sich der Bedarf an Personal durch veränderte Rahmenbedingungen (u. a. Bevölkerungsvorausberechnung) entwickelt. Dabei kann länderspezifisch nach Qualifikationen differenziert ermittelt werden, wie groß der Anteil der Einrichtungen mit Pflegepersonalmehrbedarfen ist. Zudem können länderspezifisch durchschnittliche Mehr bedarfe nach Qualifikationen ausgewiesen werden.

Ergebnisse: Es zeigt sich, dass länderübergreifend in einem Großteil der Einrichtungen ausgebildete Pflegehilfs- und -assistenzkräfte fehlen und angelernte Hilfskräfte und Pflegefachkräfte in vielen Einrichtungen ausreichend vorhanden sind. Während Mehr- und Minderbedarfe Letzterer durch Umverteilungen zwischen den Einrichtungen weitestgehend ausgeglichen werden können, bestehen in Bezug auf ausgebildete Pflegehilfs- und assistenzkräfte echte personelle Mehrbedarfe.

Diskussion: Die Ergebnisse sind aufgrund eingeschränkter Aktualität der Daten nur bedingt belastbar. Zudem werden aggregierte Daten auf Länderebene erzeugt, die nur im Mittel zu interpretieren sind und nicht die Situation individueller Einrichtungen abbilden. Dennoch ermöglichen die Abschätzungen erstmals differenzierte Angaben zum Pflegepersonalbedarf.

Schlussfolgerung: Die Mehrpersonalisierung ausgebildeter Pflegehilfs- und assistenzkräfte muss einerseits im Rahmen von ordnungsrechtlichen Anpassungen und andererseits bei der Förderung von Aus- und Weiterbildungen berücksichtigt werden.

Notizen

Ältere in der Stadt – eine Analyse auf Basis der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB)

Dr. Judith Kaschowitz, Cornelia Müller, Dorothee Winkler | *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung*

Dr. Judith Kaschowitz ist seit September 2021 wissenschaftliche Projektleiterin im Referat „Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung" des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR). Davor war sie an der TU Dortmund wissenschaftliche Mitarbeiterin und hat dort am Lehrstuhl für Sozialstruktur und Soziologie Alternder Gesellschaften promoviert. Ihr Forschungsfokus liegt auf den Themen Alter(n), Pflege und Gesundheit.

Cornelia Müller ist studierte Geographin und seit Oktober 2021 als wissenschaftliche Projektleiterin im Referat „Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung" des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR) tätig. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Analyse kleinräumiger Stadtentwicklungsprozesse, insbesondere zu demographischen Themen.

Dorothee Winkler arbeitet seit 2013 im Referat „Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung" des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR). Sie betreut dort vor allem die Innerstädtische Raumbeobachtung (IRB). Dabei koordiniert sie die Datenlieferungen durch die Städte, plausibilisiert und analysiert die Daten.

Abstract

Laut aktueller Raumordnungsprognose des BBSR werden im Jahr 2040 26,6 % der Menschen 65 Jahre und älter sein. In Regionen, in denen im Referenzjahr 2017 anteilsmäßig noch unterdurchschnittlich viele Ältere lebten, fällt das Wachstum dieser Altersgruppe weit überdurchschnittlich aus. Weiter lässt sich beobachten, dass der Anteil älterer Ausländer wächst. Von diesen Entwicklungen sind zentrale und wachsende Regionen, das heißt Städte, besonders betroffen. Aus Bundesperspektive sind Kenntnisse über die Lage Älterer in den Städten von Interesse, um (künftige) Förderprogramme sich wandelnden Bedürfnissen anzupassen. Bisher gibt es jedoch wenig stadtübergreifende Informationen dazu, ob Ältere und Hochaltrige sich in bestimmten Stadtgebieten konzentrieren und ob sich die Infrastrukturausstattung (z. B. Ärzte, Apotheken, Post, Freizeit) dort von der in anderen Gebieten unterscheidet. In diesem Beitrag gehen wir diesen Fragen nach und fokussieren uns sowohl auf mögliche Unterschiede zwischen den Städten als auch auf die innerstädtische Varianz. Abschließend werden Implikationen – auch für die Städtebauförderung – diskutiert. Die Analyse basiert auf Daten der „Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB)". Damit können 56 deutsche Großstädte untersucht werden, zu denen kleinräumige Informationen zu verschiedenen Sozial- und Wohnindikatoren vorliegen. Durch eine Verschneidung mit OpenStreetMap-Daten können Infrastrukturmerkmale in die Analyse mit einbezogen werden. Ziel ist es, mehr über die Lebensbedingungen Älterer auf kleinräumiger Ebene zu erfahren, um sich wandelnde Anforderungen an die Wohnumgebung künftig adressieren zu können.

Notizen

Freizeitgestaltung der Babyboomer. Heute und morgen?

Benjamin Stefan, Yannick Loeppke, Andreas Hartung | *Technische Universität Kaiserslautern*

Benjamin Stefan hat Soziologie in Halle (Saale) und Erlangen studiert und ist seit 2021 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im interdisziplinären „Projekt Ageing Smart – Räume intelligent gestalten" für das Fachgebiet Stadtsoziologie der TU Kaiserslautern tätig. Sein inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf der Freizeitgestaltung der deutschen Babyboomer in digital-analog verzahnten Räumen.

Yannick Loeppke hat Soziologie und Wirtschaftssoziologie in Trier studiert und arbeitet seit 2021 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verbundprojekt „Ageing Smart – Räume intelligent gestalten" des Fachgebiets Stadtsoziologie der TU Kaiserslautern. In der Forschung beschäftigt er sich mit Lebensstilen und Wohnverhalten der Babyboomer-Jahrgänge 1955–1969. Der Fokus liegt insbesondere auf Wahrnehmung und Bewertung des Wohnumfelds unterschiedlicher Lebensstile in verschiedenen Siedlungsräumen.

Andreas Hartung ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Raum- und Umweltplanung der technischen Universität Kaiserslautern. Er promovierte 2017 in Soziologie an der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte sind lokale und regionale Kontexteffekte auf individuelle Entscheidungen sowie Fragen der Wohnsoziologie.

Abstract

Der demografische Wandel und die räumliche Polarisierung werden die Kommunen in unterschiedlichen Siedlungsräumen vor Herausforderungen stellen. In den kommenden Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer (über 1 Mio. Geburten jährlich: 1955–1969) in den Ruhestand eintreten und dadurch vermehrt Freizeitangebote an ihren Wohnstandorten nachfragen. Diese Kohorte gilt als aktiver, materiell besser ausgestattet und pluraler als bisherige Kohorten.

Der Beitrag liefert eine erste Einschätzung, welche Angebote im Freizeit- und Kulturbereich vermehrt angefragt werden, wie sich der Ruhestand auf die Veränderung des Freizeitverhaltens auswirkt und welche Unterschiede in urbanen, suburbanen und ländlichen Räumen zu erwarten sind.

Auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels wird das Freizeitverhalten der mittleren Altersgruppe der Babyboomer (hier 1961–1965 Geborene) mit dem der im Ruhestand befindlichen Kohorte 1950–1954 verglichen. Überprüft wird, a) welche Tätigkeiten die Vorgängerkohorte im selben Alter ausübte wie die Babyboomer zum Untersuchungszeitpunkt. Dabei sollen b) die soziodemografische und sozialstrukturelle Zusammensetzung beider Kohorten herausgearbeitet, c) der Einfluss dieser Merkmale auf die Freizeitaktivitäten analysiert, d) die Veränderungen des Freizeitverhaltens der Vergleichsgruppe nach dem Rentenübergang untersucht und e) auf dieser Basis potenzielle Entwicklungen für die Babyboomer nach dem Übergang in den Ruhestand aufgezeigt werden. Differenziert wird nach West- und Ostdeutschland sowie nach Siedlungsräumen (städtisch-suburban-ländlich).

Erste Analysen zeigen, dass die Babyboomer im Vergleich zur älteren Kohorte seltener hochkulturelle und häufiger popkulturelle Veranstaltungen besuchen. Wir erwarten, dass der Besuch von Freunden und Familie sowie ehrenamtliche Tätigkeiten im Ruhestand zunehmen. Die geänderte Rolle der Frau, die Bildungsexpansion und die Migrationserfahrung werden in unterschiedlichen Räumen als zentrale Einflussgrößen für Freizeitaktivitäten erwartet.

Notizen

Digitalisierung für ältere Menschen in der Stadt Nürnberg

Mareen Bär und Dr. Eva Kopf | *Stadt Nürnberg*

Mareen Bähr leitet bei der Stadt Nürnberg im Referat für Jugend, Familie und Soziales/Seniorenamt den Fachbereich Quartiersentwicklung und Seniorennetzwerke. Sie studierte Sozialwissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg. Zu ihren Themenbereichen zählen die Quartiersentwicklung, das Freiwilligenmanagement, die offene Seniorenarbeit, sowie Altersarmut, Digitalisierung und Teilhabestrukturen für das Alter.

Dr. Eva Kopf ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stadt Nürnberg im Referat für Jugend, Familie und Soziales/Seniorenamt im Bereich Monitoring tätig. Sie studierte Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und promovierte in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg. Sie befasst sich mit Fragen zur demographischen Entwicklung in der Stadt Nürnberg, Altersarmut, Digitalisierung und Bildung sowie mit älteren Migranten.

Abstract

Ältere haben seltener einen Zugang zur digitalen Welt als Jüngere. Fast drei Viertel der Menschen, die das Internet nicht nutzen oder keinen Zugang hierzu haben, sind älter als 65 Jahre (D21-Digital-Index 2020/2021). Somit können viele Ältere die zahlreichen digitalen Angebote, die durch die Corona-Pandemie immer wichtiger wurden, nicht nutzen.

Die Stadt Nürnberg hat 2019 eine schriftliche Befragung von Menschen ab 60 Jahren zu vielen Themen des Älterwerdens mit 10 000 verschickten Fragebögen durchgeführt. Die Rücklaufquote betrug knapp 50 %.

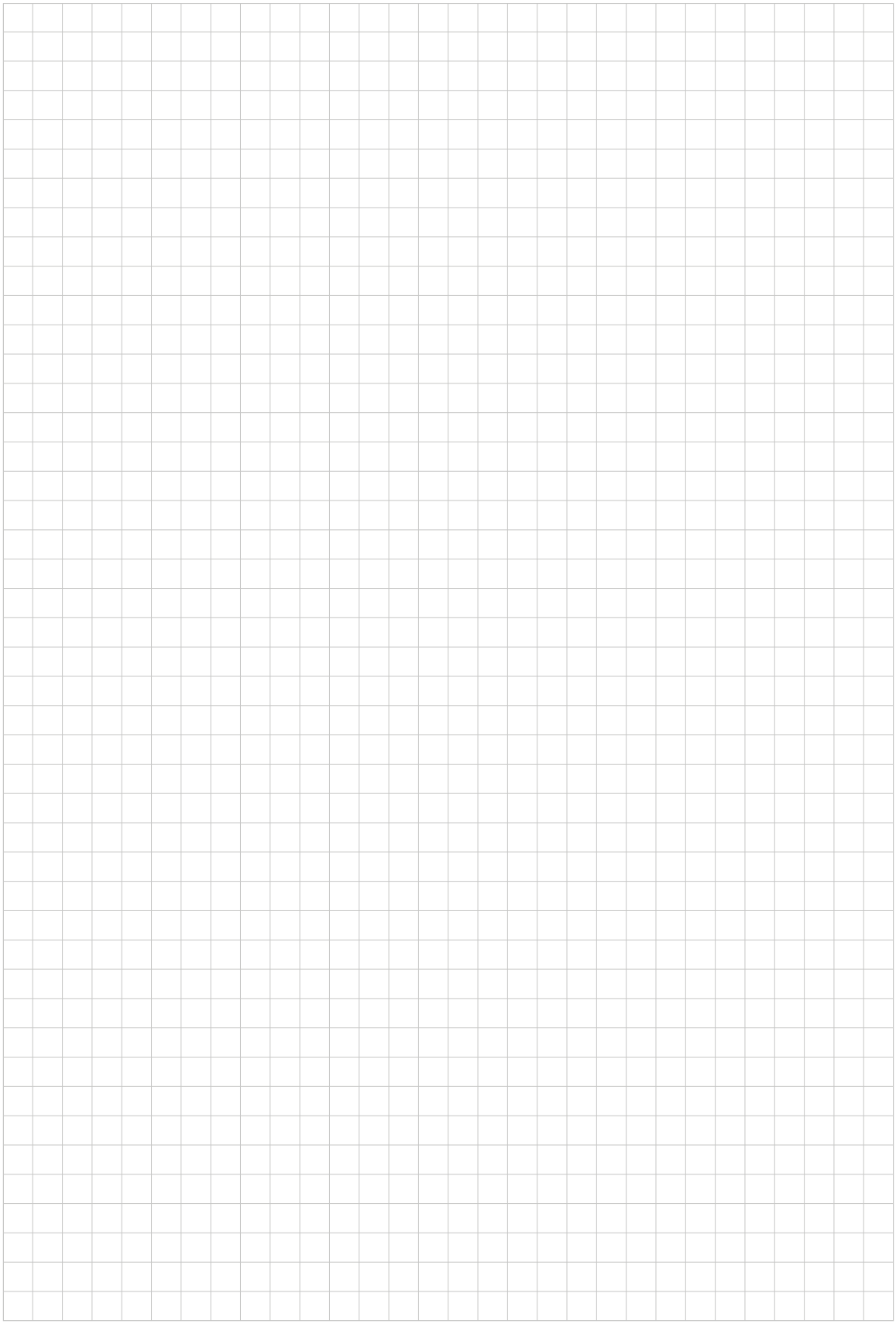
Die Befragungsergebnisse zeigen, dass gut 60 % der Nürnberger Bevölkerung ab 60 Jahren das Internet mindestens einmal pro Woche nutzen. Große Unterschiede zeigen sich jedoch für verschiedene Altersgruppen. Die Internetnutzung nimmt mit steigendem Alter stark ab.

Während unter den 60- bis 64-Jährigen fast 90 % online sind, sind es bei den ab 90-Jährigen nur noch rund 11 %. Weitere Faktoren, die mit einer geringeren Internetnutzung einhergehen, sind das Geschlecht, der Gesundheitszustand sowie die finanzielle Situation. So nutzen Frauen seltener das Internet als Männer. Außerdem sind Menschen mit schlechterem Gesundheitszustand oder Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln seltener online.

Damit digitale Teilhabe nicht zu einem Thema der Spaltung wird und jeder Mensch digital teilhaben kann, hat die Stadt Nürnberg im Sommer 2021 das Projekt „Wege in die digitale Welt für Ältere“ gestartet. Zielgruppe des Projekts sind ältere Menschen in Nürnberg, die bisher offline sind. Ihnen wird quartiersnah durch verschiedene Angebote wie Leihgeräte, ehrenamtliche Digitallotsen, Digital-Sprechstunden oder Digital-Cafés geholfen.

Notizen

Notizen



www.statistiknetzwerk.bayern.de/statistiktage2022